

Aus: **Ausgabe vom 21.06.2017**, Seite 9 / Kapital & Arbeit

Austerität in den USA

**US-Privathaushalte sind hoch verschuldet.
Subprime-Kredite erleben ein Revival.
Ökonom Michael Hudson warnt vor
Schuldendeflation**

Von Simon Zeise



»Dreck zu verkaufen«. Ramschkredite für übertriebene Häuserpreise führten in die Krise von 2007
Foto: REUTERS/Andrew Cullen

Zieht ein neuer Sturm über der US-Wirtschaft auf? Die größte Finanzkrise seit 1929 begann 2007 auf dem Hypothekenmarkt. Die Privathaushalte nahmen Kredite auf, die sie nicht zurückzahlen konnten. Schätzungen des Internationalen Währungsfonds zufolge sind in den USA dadurch 2,7 Billionen US-Dollar verbrannt worden, mehr als das gesamte Bruttoinlandsprodukt Frankreichs.

Inzwischen haben die privaten Haushalte in den USA 12,6 Billionen Dollar Schulden angehäuft. Auf 1,2 Billionen beläuft sich der Wert der vergebenen Autokredite. 2010 waren es 700 Milliarden. Mit 1,4 Billionen Dollar stehen Studenten bei Banken in der Kreide, um sich

ihr Studium finanzieren zu können. 45 Millionen US-Amerikaner müssen ihre Studienkredite abstottern. Acht Millionen können ihre Schulden nicht bedienen. Kann das gutgehen?

US-Ökonom Michael Hudson hatte 2006 als erster öffentlich vor einer Krise auf dem US-Hypothekenmarkt gewarnt. Gegenüber *jW* erklärte er am Dienstag, Studien- und Automobilkredite seien die beiden Sektoren, wo die Gefahr am größten ist, dass sie nicht bedient werden können. »Die Studentenkredite wurden vergeben, ohne zu kalkulieren, ob die Schuldner das Geld zurückzahlen können. Automobilkredite wurden in riskante Teile zerstückelt, um sie anderen Hedgefonds und Investoren zu verkaufen.« Solche sogenannten Subprime-Kredite werden wieder eifrig ausgeteilt. Im Januar hatten sie einen Anteil von mehr als 20 Prozent, berichtete die Investmentbank Goldman Sachs im März. Vor der Finanzkrise waren es 16 Prozent.

Neues Geschäftsmodell

Eine bedrohliche Finanzblase kann Hudson trotzdem nicht erkennen. »Es ist das genaue Gegenteil zur Situation von 2007«, sagte Hudson. Die Schuldenblase sei damals auf große Teile der Bevölkerung ausgeweitet worden. Ihnen sei es ermöglicht worden, die Häuserpreise in die Höhe zu treiben. Doch seit 2008 habe sich dieser Prozess umgekehrt. Anstatt mehr Hypothekenkredite zu vergeben, hätten die meisten Banken aufgehört, auf steigende Preise im Immobiliensektor zu setzen. Aber alle Schulden, die bis 2008 aufgebaut wurden, müssten jetzt zurückgezahlt werden. »Wir leben in einem Staat der Schuldendeflation – es ist das Gegenteil einer spekulationsgetriebenen Wirtschaft«, so Hudson. Sinkende Preise und sinkende Einkommen lassen die Schulden steigen.

An Stelle des ausgeweiteten Bankenkreditgeschäfts seien die Zentralbanken die großen Käufer geworden. Am stärksten sei das in der Euro-Zone der Fall. »Die Europäische Zentralbank hat nicht einen Cent für die Erholung der Wirtschaft ausgegeben.« Die Ausweitung der Geldmenge sei geschaffen worden, um die Preise von Aktien, Anleihen und zerstückelten Hypothekenkrediten steigen zu lassen, kurz: »um den Banken zu helfen«.

Ähnlich sei es in den Vereinigten Staaten, sagte Hudson: »Von den 4,3 Billionen US-Dollar neuen Krediten, die von der Federal Reserve geschaffen wurden, ist nicht ein einziger Penny als Hilfe zur Ankurbelung der Wirtschaft geflossen, oder um die Beschäftigung zu erhöhen oder Investitionen zu steigern.« Die Austeritätspolitik sei in den USA genauso schlimm wie in der Euro-Zone. Die Anhebung des US-Leitzinses um 0,25 Prozent sei nicht entscheidend. Die Zinsen auf zehnjährige US-Staatsanleihen seien zuletzt gesunken.

Spekulation befeuern

»US-Präsident Donald Trump will eine neue Epoche der Kriminalität einläuten«, sagte Hudson. Trump habe die Großbanken Bank of America, Wells Fargo und Citibank eingeladen, Betrug als Handelsgeschäft zu etablieren. Etwa indem er die Behörde für Verbraucherschutz abzuschaffen plant. Auch die Regulierung des Investmentbanking, den »Dodd-Frank Act«, der als Reaktion auf die Krise von 2007 verabschiedet wurde, will Trump kippen. Der

US-Präsident hatte seine Pläne im Februar damit begründet, es gehe ihm vor allem darum, dass kleine Betriebe wieder einfacher an Kredite kämen. »Sie kriegen kein Geld, weil die Banken ihnen keines leihen, wegen der Regulierungen im Dodd-Frank Act«, hatte Trump erklärt. Am 8. Juni passierte eine Gesetzesnovelle das Repräsentantenhaus. Die Demokraten stimmten geschlossen dagegen. Im Senat müssten die Republikaner einige von ihnen auf ihre Seite ziehen, um die alten Spekulationsgeschäfte wieder zu ermöglichen. »Wenn Trump und die Republikaner gewinnen und die Deregulierung der Wallstreet vorantreiben, dann wird es sicher wieder viel mehr Ramschkredite geben«, sagte Hudson. »Trump ist der Kopf der Finanzmafia.«